



ERP-Lösung für betriebs-
wirtschaftliche und operative
Prozesse

**Ausschreibungsleitfaden
für den Teilnahmewettbe-
werb und die Verhandlungs-
phase**

Europaweites Verhandlungs-
verfahren nach SektVO

Vergabenummer:
2026-ENRW-DL-001

DTVP-ID:
CXP4YYCMNS7

Version 1.0
Datum 22.06.2026

Inhaltsverzeichnis

1	Informationen über das ausschreibende Unternehmen	2
2	Ausschreibungsgegenstand	2
3	Technologische Rahmenbedingungen	2
4	Anlagenverzeichnis	3
5	Zeitliche Vorgaben und Fristen.....	4
5.1	Teilnahmewettbewerb	4
5.2	Verhandlungsverfahren	4
6	Vertragsstruktur	5
7	Allgemeines zum Verfahren	5
7.1	Vergabeplattform	6
7.2	Allgemeine Hinweise zur Einreichung von Unterlagen	6
7.3	Verfahrenssprache	6
7.4	Vertraulichkeit und Geheimhaltung	6
7.4.1	Vertraulichkeit der Informationen des ausschreibenden Unternehmens	6
7.4.2	Vertraulichkeit der Informationen des teilnehmenden Unternehmens.....	7
7.4.3	Nutzungsrechte an den Vergabeunterlagen	7
7.5	Offenlegung von Details über die geforderte Leistung.....	7
7.6	Rückfragen zu den Vergabeunterlagen	7
7.7	Ausschluss von Teilnahmeanträgen und Angeboten.....	8
8	Teilnahmewettbewerb und Eignungsprüfung	8
8.1	Anforderungen an die Teilnahmeanträge.....	8
8.2	Formale Prüfung und Ausschlussprüfung	9
8.3	Eignungsbewertung und Auswahl der Bieter	9
8.4	Bewerber-/Bietergemeinschaften	10
8.5	Eignungsleihe	10
8.6	Sonstige Subunternehmer	11
9	Verhandlungsphase.....	11
9.1	Anforderungen an die Angebote	12
9.2	Vertragsbedingungen und Geltungsreihenfolge	12
9.3	Zuschlags- und Bindefrist.....	12
9.4	Inhalt und Gliederung der Angebote	12
9.5	Angebotspräsentation und fachliche Klärungsgespräche	13
9.6	Angebotsbewertung	13
9.6.1	Ermittlung der Leistungspunktzahl.....	13
9.6.2	Kommerzielle Bewertung	14
9.7	Verfahren für die Zuschlagsentscheidung.....	15
9.8	Down-Select im Verhandlungsverfahren.....	15
10	Mitteilungen und Bekanntmachungen	15
10.1	Mitteilungen über nicht berücksichtigte Angebote, § 134 GWB.....	15
10.2	Bekanntmachung der Auftragsvergabe.....	16
11	Hinweis zu Rechtsbehelfen, Vergabekammer	16

1 Informationen über das ausschreibende Unternehmen

Die Energieversorgung Rottweil GmbH & Co. KG (ENRW) ist ein kommunales Energieversorgungsunternehmen mit Schwerpunkt auf der zuverlässigen und wirtschaftlichen Versorgung der Region mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Als regional verankerter Energieversorger erbringt die ENRW kaufmännische, technische und kundenorientierte Dienstleistungen entlang der energiewirtschaftlichen Wertschöpfungskette.

Für die zukünftige Ausrichtung setzt das Unternehmen auf die Digitalisierung seiner betriebswirtschaftlichen und operativen Prozesse, insbesondere in den Bereichen Rechnungswesen, Beschaffung, Vertrieb sowie Auftrags- und Einsatzsteuerung des technischen Außendienstes. Vor diesem Hintergrund schreibt die ENRW die Einführung und den Betrieb einer ERP-Lösung aus, die betriebswirtschaftliche und operative Prozesse zukunftsfähig und effizient unterstützen soll.

Die ENRW setzt für diese Prozesse derzeit die mit vorliegend ausgeschriebener ERP-Lösung zu ersetzende ERP-Systemlandschaft auf Basis der SAP Business Suite ein und nutzt für die netzwirtschaftliche Abrechnung bereits SAP-Module auf Basis von SAP S/4HANA. Die ENRW setzt in diesem Zusammenhang auch die SAP Business Technology Platform (SAP BTP) ein.

2 Ausschreibungsgegenstand

Gegenstand der Ausschreibung ist die Einführung und der Betrieb einer ERP-Lösung zur Unterstützung der betriebswirtschaftlichen und operativen Prozesse der ENRW in den Bereichen

- Finanzbuchhaltung,
- Controlling,
- Materialwirtschaft, Beschaffung, Lagerhaltung,
- Vertrieb von Produkten (u.a. Hausanschlüssen) und Dienstleistungen (Betriebsführungen),
- Planung und Steuerung von Instandhaltungs- und Service-Aufträgen des technischen Außendienstes,
- Dokumentenmanagement zur Ablage und Verknüpfung relevanter Dokumente mit den Geschäftsprozessen.

Ergänzend umfasst der Ausschreibungsgegenstand die Bereitstellung und Konfiguration der notwendigen technologischen Infrastruktur und der Systemintegrationstechnologien, u. a. um eine mobile Lösung für die Monteure bereitstellen zu können.

Im Zuge der Einführung der ausgeschriebenen ERP-Lösung sind bestehende Stamm- und Bewegungsdaten aus den bestehenden Systemen zu migrieren, Datenbereinigung und -harmonisierung zu unterstützen und ein geeignetes Rollen- und Berechtigungskonzept zu implementieren.

Neben der Implementierung der ausgeschriebenen ERP-Lösung und der diesbezüglichen Datenmigration sind Betriebsleistungen zu erbringen. Hierzu zählt u. a. Folgendes:

- Betrieb der technologischen IT-Infrastruktur und der ERP-Lösung auf Entwicklungs- Test- und Produktionsumgebungen,
- Durchführung von IT-Service-Management-Prozessen,
- Corrective Maintenance (u. a. Störungsanalyse und Behebung von Fehlerursachen)
- Adaptive Maintenance im Sinne von Anpassungen aufgrund von Änderungen in Umsystemen bzw. deren Schnittstellen oder der infrastrukturellen Basis (z. B. Betriebssysteme, Datenbanken, Plattformdienste).
- Funktionale Erweiterungen und Anpassungen, u. a. aufgrund geänderter gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen.

Die Anforderungen der ENRW an die Informationssicherheit und den Datenschutz sind sowohl während der Projektdurchführung als auch während des Betriebs zu erfüllen.

3 Technologische Rahmenbedingungen

Für die Projektdurchführung und den Betrieb der ERP-Lösung gelten folgende Rahmenbedingungen:

- Für die durch die ausgeschriebene ERP-Lösung zu unterstützenden betriebswirtschaftlichen und operativen Prozesse wird derzeit die SAP Business Suite eingesetzt.

- Die Unterstützung der netzwirtschaftlichen Abrechnungsprozesse und das Gerätemanagement (z. B. Zähler-/Messwesen) ist nicht Gegenstand der Ausschreibung. ENRW betreibt dafür bereits eine ERP-Lösung auf Basis von SAP S/4HANA.
- Die ausgeschriebene ERP-Lösung muss an die o. g. bereits bestehende ERP-Lösung für die netzwirtschaftliche Abrechnung angebunden werden können.
- Die ausgeschriebene ERP-Lösung muss eine möglichst risikominimierende Migration von Bestands- und Bewegungsdaten gewährleisten.
- Die Risiken, die sich während des Betriebs beim parallelen Einsatz von ERP-Software-Produkten unterschiedlicher Software-Hersteller ergeben können, z. B. im Störfall aufgrund von komplexeren Ursachenanalysen, sind zu minimieren.
- Bewerber müssen bereits im Teilnahmewettbewerb nachweisen, dass sie die Eignung besitzen, die notwendigen Implementierungs- und Betriebsleistungen mit der von ihnen für die ausgeschriebene ERP-Lösung vorgesehenen ERP-Software zu leisten – insbesondere aber auch, dass sie die Integrations- und Datenmigrationsanforderungen erfüllen können.

4 Anlagenverzeichnis

In Tabelle 1 sind die für den Teilnahmewettbewerb und die anschließende Verhandlungsphase benötigten Dokumente gelistet.

Ordnungskennung	Anlagen
Begleitende Verfahrensdokumente	
-	Leitfaden für den Teilnahmewettbewerb und die Verhandlungsphase (vorliegendes Dokument)
Anlage A	Teilnahmeformular
Anlage B	Eigenerklärungen und Mindestnachweise
Anlage C	Eignungsbewertungsmatrix
Anlage D	Erklärung für eignungsverleihende Subunternehmen
Anlage E	Erklärung für Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft
Anlage F	Angebotsformular
Anlage G	Stellungnahme des Bieters zur Anforderungserfüllung und zum Verhandlungsbedarf
Anlage H	Kommerzielle Bewertung
Anlage I	Erläuterungen zur Leistungsbewertung
Anlage J	Vorlage zur Einreichung von Fragen zum Verfahren
Anlage K	Vertraulichkeitserklärung
Vertragsdokumente	
<i>IT-Rahmenvertrag (ITRV)</i>	
Anlage 00.00	ITRV
Anlage 00.01	Preisverzeichnis zum ITRV
Anlage 00.02	Vertrag zur Auftragsverarbeitung (AV)
Anlage 00.03	Anforderungen an die Informationssicherheit
<i>Leistungsschein Software-Einführung und -Anpassung (SEA)</i>	
Anlage 01.00	Leistungsschein SEA
Anlage 01.01	Preisverzeichnis zum Leistungsschein SEA
Anlage 01.02	Anforderungen an die ERP-Lösung
Anlage 01.03	Verwendete Standard-Software

Ordnungskennung	Anlagen
Anlage 01.04	Projektvorgehen
Anlage 01.05	Meilensteine und zeitliche Projektplanung
Anlage 01.06	Lösungsspezifikation des Auftragnehmers
Anlage 01.07	Beistelleleistungen des Auftraggebers zum Leistungsschein SEA
Leistungsschein IT-Betrieb (ITB)	
Anlage 02.00	Leistungsschein ITB
Anlage 02.01	Preisverzeichnis zum Leistungsschein ITB
Anlage 02.02	Systemumgebungen
Anlage 02.03	ITB-Leistungsbeschreibung
Anlage 02.04	Service Level
Anlage 02.05	ITB-Konzept des Auftragnehmers
Anlage 02.06	Beistelleleistungen des Auftraggebers zum Leistungsschein ITB

Tabelle 1: Anlagenverzeichnis

5 Zeitliche Vorgaben und Fristen

Die zu beachtenden zeitlichen Vorgaben und Fristen des Verfahrens sind nachfolgend dargestellt. Verschiebungen durch das ausschreibende Unternehmen sind möglich und werden den Bewerbern bzw. Bietern jeweils zeitnah kommuniziert.

5.1 Teilnahmewettbewerb

#	Verfahrensschritt Teilnahmewettbewerb	Datum
1	Bekanntmachung des Verfahrens am	25.06.2026
2	Einreichung von Fragen durch den Bewerber bis	16.07.2026
3	Antworten durch das ausschreibende Unternehmen bis	23.07.2026
4	Abgabefrist der Teilnahmeanträge bis	30.07.2026 10:00 Uhr MESZ
5	Mitteilung an die Bewerber, die z. B. aufgrund formaler Fehler im Teilnahmeantrag, Verletzung von Ausschlusskriterien oder mangelnder Eignung aus dem weiteren Verlauf des Verfahrens ausgeschlossen werden bis	18.08.2026

Tabelle 2: Zeitliche Vorgaben und Fristen des Verfahrensschrittes Teilnahmewettbewerb

5.2 Verhandlungsverfahren

#	Verfahrensschritt Verhandlungsverfahren	Datum
1	Aufforderung zur Angebotsabgabe am	25.08.2026
2	Einreichung von Bieterfragen bis	10.09.2026
3	Antworten durch das ausschreibende Unternehmen bis	22.09.2026
4	Angebotsabgabe bis	08.10.2026 10:00 Uhr MESZ

#	Verfahrensschritt Verhandlungsverfahren	Datum
5	Beginn der Angebotspräsentationen ab	22.10.2026
6	Beginn der Verhandlungen ab	05.11.2026
7	Zuschlagserteilung frühestens ab	08.02.2027
8	Bindefrist der Angebote bis	30.06.2027

Tabelle 3: Zeitliche Vorgaben und Fristen des Verfahrensschrittes Verhandlungsverfahren

6 Vertragsstruktur

Sämtliche Leistungen bilden eine sachliche, wirtschaftliche und rechtliche Einheit und werden auf der Grundlage eines einheitlichen Vertragswerks erbracht. Das Vertragswerk umfasst folgende Dokumente (einschließlich jeweiliger Anlagen, siehe Tabelle 1):

- IT-Rahmenvertrag
- Leistungsschein SEA
- Leistungsschein ITB

Zudem gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des ausschreibenden Unternehmens.

Die vorgesehenen Vertragslaufzeiten sind dem IT-Rahmenvertrag, den einzelnen Leistungsscheinen und dem Auftragsverarbeitungsvertrag zu entnehmen.

7 Allgemeines zum Verfahren

Das Verfahren wird als europaweites Verhandlungsverfahren mit vorherigem Teilnahmewettbewerb gemäß § 119 Abs. 5 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Sektorenverordnung (SektVO) durchgeführt.

Die Bewerber sind aufgefordert, die vorliegenden Verfahrensbedingungen sowie sämtliche Vergabeunterlagen sorgfältig zu sichten und unverzüglich auf Vollständigkeit zu prüfen. Sollten nach Auffassung eines Bewerbers Unklarheiten in den Vergabeunterlagen enthalten sein, so sind diese dem ausschreibenden Unternehmen unverzüglich, jedenfalls vor Abgabe eines Teilnahmeantrags respektive Angebotes, ausschließlich über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform mitzuteilen.

Weiter behält sich das ausschreibende Unternehmen vor, den Ablauf des Vergabeverfahrens oder die Vergabeunterlagen im Laufe des Verfahrens zu ändern, soweit dies zweckmäßig oder unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten geboten ist.

Die vorstehend genannte Prüfungs- und Hinweispflicht gilt auch für ggf. aktualisierte Unterlagen im Rahmen des Vergabeverfahrens.

Das Vergabeverfahren wird in zwei Verfahrensschritten durchgeführt:

In dem ersten Verfahrensschritt – dem öffentlichen Teilnahmewettbewerb – reichen die Bewerber ihre Teilnahmeanträge einschließlich aller geforderten Anhänge gemäß Tabelle 4 ein. Die Bewerber werden durch das ausschreibende Unternehmen anhand der Ausschluss- und Eignungskriterien bewertet und anhand der Bewertungsergebnisse in einer Reihenfolge positioniert.

In dem zweiten Verfahrensschritt – der Verhandlungsphase – reichen die vom ausschreibenden Unternehmen im Teilnahmewettbewerb ausgewählten **besten** Bewerber – nun als Bieter – ihre Angebote ein einschließlich aller geforderten Anlagen gemäß Tabelle 5 ein.

Darüber hinaus ist vorgesehen, dass Bieter, die ein wertbares Angebot eingereicht haben, dieses im Rahmen eines Präsentationstermins vor Ort beim ausschreibenden Unternehmen vorstellen. Zusätzlich kann das ausschreibende Unternehmen bei Bedarf fachliche Klärungsgespräche mit einzelnen Bietern führen. Die Angebote werden durch das ausschreibende Unternehmen hinsichtlich der angebotenen Leistung und dem kommerziellen Wert bewertet. Beide Bewertungsergebnisse fließen in die Zuschlagsentscheidung gemäß Ziff. 9.7 ein.

Das ausschreibende Unternehmen beabsichtigt, im Rahmen des Verhandlungsverfahrens weitere Angebotsrunden durchzuführen und den Zuschlag grundsätzlich auf Grundlage der finalen Angebote (BAFO) zu erteilen. Es behält sich jedoch vor, den Zuschlag in vergaberechtskonformer Weise bereits auf ein im Rahmen der ersten Angebotsrunde abgegebenes Angebot („Erstangebot“) zu erteilen, sofern dies unter Beachtung der Grundsätze der Transparenz, Gleichbehandlung und Wirtschaftlichkeit möglich ist; ein Anspruch der Bieter auf Durchführung weiterer Verhandlungsrunden besteht nicht.

Im Rahmen der Verhandlungsphase kann das ausschreibende Unternehmen nach Durchführung einer oder mehrerer Angebotsrunden den Kreis der Bieter schrittweise reduzieren („Down-Select“). Die Reduzierung des Bieterkreises erfolgt auf Grundlage der in Ziff. 9.8 dargestellten Regelungen und unter Beachtung der Grundsätze der Transparenz und Gleichbehandlung. Ein Anspruch der Bewerber bzw. Bieter auf Teilnahme an sämtlichen Verhandlungs- und Angebotsrunden besteht nicht.

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens anfallenden Kosten – egal welcher Art – trägt jeder teilnehmende Bewerber bzw. Bieter selbst.

7.1 Vergabeplattform

Das ausschreibende Unternehmen nutzt für dieses Vergabeverfahren die Vergabeplattform www.dtv.de.

7.2 Allgemeine Hinweise zur Einreichung von Unterlagen

Bei der Bearbeitung und Erstellung von Unterlagen im Rahmen der Teilnahmeanträge bzw. der Angebote sind folgende Anforderungen zu beachten:

- Alle Dokumente müssen in einem der folgenden Formate bereitgestellt werden: docx, xlsx, pdf. Zudem sind alle Dokumente gesamtheitlich komprimiert im zip-Format einzureichen.
- Die einzureichenden Unterlagen sind gemäß den Vorgaben für die Erstellung der Teilnahmeanträge (siehe Ziff. 8.1) bzw. Angebote (siehe Ziff. 9.1) zu strukturieren und kenntlich zu machen.
- Die in den Vergabeunterlagen enthaltenen Dokumente sind sorgfältig zu prüfen und, soweit gefordert, auszufüllen und mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot einzureichen. Falls der vorgesehene Platz in diesen Dokumenten bzw. deren Textfeldern nicht ausreicht, können Dokumente als weitere Anhänge beigefügt werden. Es ist dann zwingend erforderlich, an der entsprechenden Stelle der durch das ausschreibende Unternehmen bereitgestellten Anlagen auf die jeweils zusätzlichen Anhänge des Bewerbers bzw. Bieters zu verweisen.
- Eine unvollständige Einreichung der geforderten Anlagen und Unterlagen mit einem Verweis auf Anlagen und Unterlagen, die in früheren Bewerbungen eingereicht wurden, ist nicht zulässig.
- Der Versand von Teilnahmeanträgen bzw. dazugehöriger Anlagen und Unterlagen auf einem anderen Weg als über die Vergabeplattform, z. B. per E-Mail oder auf postalischem Wege ist nicht zulässig.

7.3 Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist deutsch. Teilnahmeanträge und Angebote sind einschließlich dazugehöriger Anlagen in deutscher Sprache abzufassen. Ferner wird die Kommunikation, einschließlich sämtlicher Korrespondenz und etwaiger Verhandlungen, ausschließlich in deutscher Sprache geführt.

Bewerber bzw. Bieter haben dafür Sorge zu tragen, dass Präsentations- oder Verhandlungsteilnehmer in der Lage sind, deutsch zu sprechen und zu verstehen. Anderenfalls muss auf Verlangen des ausschreibenden Unternehmens ein Übersetzer auf Kosten des Bewerbers bzw. Bieters gestellt werden. Das Risiko von Übersetzungsfehlern trägt in diesen Fällen der Bewerber bzw. Bieter.

7.4 Vertraulichkeit und Geheimhaltung

7.4.1 Vertraulichkeit der Informationen des ausschreibenden Unternehmens

Für alle Unterlagen und Informationen, die dem Bewerber bzw. Bieter überlassen werden, gilt die von dem teilnehmenden Unternehmen einzureichende Vertraulichkeitserklärung, soweit sie nicht veröffentlicht oder allgemein bekannt sind oder ohne Mitwirkung des Bewerbers bzw. Bieters allgemein bekannt werden.

Die Vergabeunterlagen und alle weiteren Unterlagen, die dem Bewerber bzw. Bieter im Rahmen dieses Vergabeverfahrens durch das ausschreibende Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, sind durch diesen auf Verlangen des ausschreibenden Unternehmens vollständig zu löschen.

7.4.2 Vertraulichkeit der Informationen des teilnehmenden Unternehmens

Das ausschreibende Unternehmen wird Inhalte von Teilnahmeanträgen und Angeboten vertraulich behandeln.

Bewerber bzw. Bieter sind aufgefordert, in den von ihnen eingereichten Unterlagen sämtliche Bestandteile, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse beinhalten, deutlich zu kennzeichnen. Soweit keine Kennzeichnung vorhanden ist, geht das ausschreibende Unternehmen davon aus, dass die eingereichten Unterlagen im Falle eines Nachprüfungsverfahrens den Verfahrensbeteiligten zur Einsichtnahme vorgelegt werden können. Das ausschreibende Unternehmen muss in diesem Fall keine weitergehenden Kennzeichnungen an den eingereichten Unterlagen vornehmen. Auf § 165 GWB wird hingewiesen.

7.4.3 Nutzungsrechte an den Vergabeunterlagen

Die mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellten Vertragsunterlagen, Bewertungsmatrizen, sonstige Dokumente, Zeichnungen, Pläne, Berechnungen und Muster dürfen von den Bewerbern bzw. Bietern nur für die Erarbeitung der Teilnahmeanträge bzw. der Angebote verwendet werden und bleiben Eigentum des ausschreibenden Unternehmens bzw. seiner Erfüllungsgehilfen, die daran entsprechende Urheberrechte besitzen. Eine weitergehende Nutzung dieser Unterlagen und Dokumente außerhalb des hier benannten Ausschreibungsvorhabens ist nicht gestattet.

7.5 Offenlegung von Details über die geforderte Leistung

Die Vergabeunterlagen geben einen Überblick über die geforderte Leistung inklusive zu Bestandssystemen und Daten. Damit wird interessierten Unternehmen im Rahmen des ersten Verfahrensschritts – dem öffentlichen Teilnahmewettbewerb – eine belastbare Entscheidung ermöglicht, ob sie an dem Vergabeverfahren teilnehmen möchten oder nicht.

Im zweiten Verfahrensschritt – dem Verhandlungsverfahren – werden den Bietern dann weitere Details über die geforderte Leistung die Bestandssysteme und Daten zum Zweck der Angebotserstellung offengelegt. Zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben zum Schutz personenbezogener Daten wird ggf. bereits während des Verhandlungsverfahrens ein Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Anlage 00.02 mit den einzelnen Bietern geschlossen.

7.6 Rückfragen zu den Vergabeunterlagen

Die Bewerber bzw. Bieter können ihre Fragen über dieses Vergabeverfahren an das ausschreibende Unternehmen richten. Die Fragen sind ausschließlich über die Vergabeplattform einzureichen. Für die Einreichung von Fragen ist Anlage J zu nutzen. Bewerber bzw. Bieter sollen sich bei ihren Fragestellungen auf die jeweiligen Verfahrensschritte und die dafür einschlägigen Teile der Vergabeunterlagen beschränken. Das ausschreibende Unternehmen sieht in den jeweiligen Verfahrensschritten dedizierte Zeitfenster für die Einreichung von Fragen vor.

Da Fragen und deren Beantwortung im Sinne der Gleichbehandlung allen Bewerbern bzw. Bietern des Vergabeverfahrens zugänglich gemacht werden müssen, ist der Text der Fragen zu den Vergabeunterlagen so zu formulieren, dass er keine Aufschlüsse über den Fragesteller zulässt. Das ausschreibende Unternehmen behält sich vor, den Wortlaut einer Fragestellung entsprechend anzupassen bzw. mehrere gleichgelagerte Fragen zusammenzufassen.

Die Fragen werden auf Basis eines anonymisierten Fragen-und-Antworten-Katalogs beantwortet und allen Bewerbern bzw. Bietern über die Vergabeplattform zur Verfügung gestellt. Die Beantwortung von Fragen sowie die Erteilung zusätzlicher Auskünfte erfolgt bis spätestens sechs Kalendertage vor Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist in der jeweiligen Phase des Ausschreibungsverfahrens. In dringenden, zu begründenden Ausnahmefällen kann eine Auskunftserteilung bis vier Kalendertage vor Ablauf der jeweiligen Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge bzw. Angebote erfolgen.

Das ausschreibende Unternehmen behält sich zudem vor, ggf. auch noch zu einem späteren Zeitpunkt Fragen zu beantworten oder zusätzliche Auskünfte zu erteilen. Die Bewerber bzw. Bieter haben hierauf keinen Anspruch. In diesen Fällen wird der Auftraggeber die jeweilige Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge bzw. Angebote angemessen verlängern.

Die auf der Vergabeplattform zur Verfügung gestellten Antworten und zusätzlichen Informationen werden Gegenstand der Vergabeunterlagen und sind von den Bietern im Rahmen der Erstellung des Teilnahmeantrags sowie des Angebots und – im Auftragsfalle – bei der Leistungserbringung zu beachten.

7.7 Ausschluss von Teilnahmeanträgen und Angeboten

Ausgeschlossen werden Teilnahmeanträge und Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten. Weiterhin werden Bewerber ausgeschlossen, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen, die geforderte Eignung nicht nachgewiesen haben oder bei denen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen. Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

8 Teilnahmewettbewerb und Eignungsprüfung

Im Rahmen des Vergabeverfahrens wird zunächst ein Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Dabei liegt der Fokus auf der Erhebung und Prüfung von Informationen über die Leistungsfähigkeit, Fachkunde und Zuverlässigkeit (Nichtvorliegen von Ausschlussgründen) der einzelnen Bewerber zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen.

Der Teilnahmeantrag ist mit allen geforderten Anlagen einschließlich aller Erklärungen und Nachweise (Unterlagen) gemäß Tabelle 4 vollständig und fristgerecht, d. h. bis spätestens zu dem in Tabelle 2 benannten Termin, unter Angabe der Vergabenummer elektronisch über die Vergabeplattform einzureichen.

Die Prüfung bzw. Bewertung der Eignung eines Bewerbers und die Entscheidung, ob ein Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert wird, erfolgt auf Basis aller mit dem Teilnahmeantrag des Bewerbers eingereichten Unterlagen. Das ausschreibende Unternehmen behält sich vor, Unterlagen nachzufordern. Es ist zur Nachforderung jedoch nicht verpflichtet und behält sich daher ebenfalls vor, einen Bewerber bei Unvollständigkeit oder Fehlerhaftigkeit der geforderten Unterlagen bzw. darin gemachter Angaben vom weiteren Verlauf des Verfahrens auszuschließen. Nach Prüfung und Bewertung der Teilnahmeanträge und dazugehöriger Unterlagen erhalten die besten Bewerber eine Mitteilung, ob sie zu einer Angebotsabgabe aufgefordert werden.

8.1 Anforderungen an die Teilnahmeanträge

Mit dem Teilnahmeantrag sind die in Anlage B und Anlage C geforderten Eignungsnachweise einzureichen. Weitere Erklärungen sind von den Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft und von eignungsverleihenden Subunternehmern einzureichen (vgl. Ziff. 0 und 8.5).

Um die effiziente Auswertung der Teilnahmeanträge zu unterstützen, ist ein Teilnahmeantrag unter Verwendung der u. g. Anlagen zu stellen. Die Anlagen und Unterlagen sind entsprechend der Ordnungskennung zu kennzeichnen. Ein Bewerber soll für die einzureichenden Dokumente seinen Unternehmensnamen dem ursprünglichen Dateinamen gemäß nachfolgendem Syntax voranstellen.

[Unternehmensname]_ENRW_ERP_Anlage_A_Teilnahmeformular.doc

Ordnungskennung	Einzureichende Anlagen zum Teilnahmeantrag
Anlage A	Teilnahmeformular. Diese Anlage ist vom Bewerber bzw. vom bevollmächtigten Vertreter einer Bewerbergemeinschaft einzureichen.
Anlage B	Eigenerklärungen und Mindestnachweise. Diese Anlage ist einschließlich aller darin geforderten Dokumente durch den Bewerber bzw. den bevollmächtigten Vertreter einer Bewerbergemeinschaft ist sowohl für das Unternehmen des Bewerbers als auch für jedes Mitglieds einer Bewerbergemeinschaft und für jedes eignungsverleihende Unternehmen bereitzustellen.
Anlage C	Eignungsbewertungsmatrix. Diese Anlage ist vom Bewerber bzw. vom bevollmächtigten Vertreter einer Bewerbergemeinschaft einzureichen.
Anlage D	Erklärung für eignungsverleihende Subunternehmen.

Ordnungskennung	Einzureichende Anlagen zum Teilnahmeantrag
	Diese Anlage ist im Fall einer Eignungsleihe durch den Bewerber bzw. den bevollmächtigten Vertreter einer Bewerbergemeinschaft für jedes eignungsverleihende Subunternehmen einzureichen.
Anlage E	Erklärung für Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft. Diese Anlage ist im Fall einer Bewerbergemeinschaft durch den Bewerber bzw. den bevollmächtigten Vertreter einer Bewerbergemeinschaft für jedes Mitglieds der Bewerbergemeinschaft einzureichen.
Anlage K	Vertraulichkeitserklärung Diese Anlage ist vom Bewerber bzw. vom bevollmächtigten Vertreter einer Bewerbergemeinschaft einzureichen.

Tabelle 4: Einzureichende Anlagen zum Teilnahmeantrag

8.2 Formale Prüfung und Ausschlussprüfung

Zunächst findet eine formale Prüfung der Teilnahmeanträge in Bezug auf deren fristgerechte Einreichung, formale Richtigkeit, Vollständigkeit etc. statt. Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, werden nicht berücksichtigt.

Sodann wird geprüft, ob mit dem Teilnahmeantrag die geforderten Mindestnachweise für die Eignung gemäß Anlage B bzw. Anlage C erbracht wurden.

Die Nichterbringung auch nur eines Mindestnachweises führt zum Ausschluss des Bewerbers aus dem weiteren Verfahren.

8.3 Eignungsbewertung und Auswahl der Bieter

Nach der formalen Prüfung und der Ausschlussprüfung erfolgt die Eignungsbewertung der Bewerber auf Grundlage der von diesen eingereichten Anlage C. Das Ergebnis der Eignungsbewertung ist maßgeblich dafür, ob ein Bewerber, der alle Mindestnachweise erbracht hat, zur Angebotsabgabe aufgefordert wird.

Bei den Eignungskriterien werden gemäß Anlage C mehrere Zielerreichungsgrade unterschieden. Je Zielerreichungsgrad werden unterschiedliche Bewertungspunkte vergeben. Zudem werden die einzelnen Eignungskriterien mit unterschiedlichen Gewichtungen bei der Bestimmung des Eignungsbewertungsergebnisses eingebracht. Die jeweilige Zielerreichung bzgl. eines Eignungskriteriums im Rahmen der Bewertung bestimmt sich zum einen anhand der durch den Bewerber gemachten Angaben sowie der nachfolgenden Prüfung dieser Angaben durch das ausschreibende Unternehmen.

Die Eignungsbewertungsergebnisse aller Bewerber werden zur Bildung einer Rangfolge der Bewerber verwendet. Das ausschreibende Unternehmen sieht vor, die Zahl der geeigneten Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, zu begrenzen. Sofern eine entsprechende Anzahl an geeigneten Bewerbern vorliegt, werden die besten Bewerber zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert.

Die besten fünf Bewerber werden zur Abgabe eines Angebots und zur Teilnahme am weiteren Verfahren aufgefordert.

Ergeben sich auf dem letzten noch zu besetzenden Rang Punktgleichstände zwischen mehreren Bewerbern, werden diese Bewerber zunächst anhand des in Anlage C am höchsten gewichteten Eignungskriteriums (bei mehreren Eignungskriterien mit gleicher höchster Gewichtung anhand aller dieser Kriterien) miteinander verglichen. Der Bewerber mit der dort erzielten höheren Punktzahl wird vorrangig berücksichtigt. Besteht auch in diesem Kriterium Punktgleichstand, entscheidet das Los über die Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber. Die Losziehung wird dokumentiert.

8.4 Bewerber-/Bietergemeinschaften

Bewerbergemeinschaften sind – soweit keine wettbewerbsbeschränkende Vereinbarung gemäß § 1 GWB vorliegt – zugelassen. Bewerbergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der angebotenen Leistung. Eine Bewerbergemeinschaft hat in ihrem Teilnahmeantrag sämtliche Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu benennen sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren, den Vertragsabschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen.

Bei Bewerbungen von Bewerbergemeinschaften müssen – soweit zu diesem Zeitpunkt möglich – die Aufgaben der einzelnen Mitglieder in der Bewerbergemeinschaft und die jeweils zu erbringenden Leistungen bei der geplanten Ausführung des Vergabegegenstandes im Auftragsfall angegeben werden. In einem solchen Fall ist mit einem Teilnahmeantrag allerdings mindestens anzugeben, welches Mitglied für welche geforderte fachliche und technische Leistungsfähigkeit im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs eintritt. Durch den bevollmächtigten Vertreter einer Bewerbergemeinschaft sind für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft die Anlage B und die Anlage E einzureichen.

Wird eine Bewerbergemeinschaft zur Teilnahme an der Verhandlungsphase aufgefordert, wird diese dann als Bietergemeinschaft bezeichnet. Änderungen in der Zusammensetzung von Bewerbergemeinschaften oder die erstmalige Bildung von Bewerbergemeinschaften nach Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge sind nicht gestattet.

Bietergemeinschaften sind nach § 50 Abs. 3 SektVO verpflichtet, im Auftragsfall eine gemeinsame Gesellschaft in der Rechtsform der GmbH oder der GmbH & Co. KG zu gründen (Projektgesellschaft). Die Gesellschafterstruktur ist dem ausschreibenden Unternehmen offen zu legen. Durch die Mitglieder der Bietergemeinschaft als Gesellschafter ist rechtsverbindlich zu erklären, dass sie die Projektgesellschaft für die Dauer der abgeschlossenen Verträge mit den für die Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten erforderlichen Geldmitteln ausgestattet halten. Ebenfalls ist zu erklären, dass die Gesellschafter neben der Projektgesellschaft gesamtschuldnerisch für deren Verpflichtungen unbeschränkt persönlich haften. Es ist zudem zu erklären, dass nicht beabsichtigt ist, die Beteiligung(en) an der Projektgesellschaft aufzugeben oder deren Höhe zu verändern, ohne zuvor die schriftliche Zustimmung des ausschreibenden Unternehmens einzuholen. Im Falle einer Veräußerung der Gesellschaftsanteile oder Maßnahmen gleicher Wirkung ist eine gleichlautende rechtsverbindliche Erklärung des neuen Gesellschafters nachzuweisen.

8.5 Eignungsleihe

Ein Bewerber/ eine Bewerbergemeinschaft kann sich zum Nachweis seiner/ ihrer Eignung auf andere Unternehmen stützen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm/ ihr und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe, vgl. § 47 SektVO). Soweit sich ein Bewerber/ eine Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der erforderlichen Leistungsfähigkeit und/oder Fachkunde gemäß § 47 SektVO auf die Kapazitäten anderer Unternehmen bezieht, hat er/ sie nachzuweisen, dass ihm/ ihr im Auftragsfall die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Dies erfolgt mindestens dadurch, dass eine entsprechende Verpflichtungserklärung jedes eignungsverleihenden Subunternehmens gemäß Anlage D eingereicht wird.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach Ziffer III.1.1 bis III.1.3 der europaweiten Auftragsbekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt.

Zudem sind vom Bewerber für jedes eignungsverleihende Unternehmen Anlage B und Anlage D einzureichen.

Werden die vorstehend dargestellten Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder liegen Ausschlussgründe vor, so kann das ausschreibende Unternehmen verlangen, dass der Bewerber ein eignungsverleihendes Unternehmen ersetzt.

Nimmt der Bewerber die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, ist eine gemeinsame Haftung des Bewerbers und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe erforderlich. Die entsprechende Haftungsverpflichtung des anderen Unternehmens ist nachzuweisen.

Eignungsverleihende Nachunternehmen, auf deren Kapazitäten sich ein Bewerber gem. § 47 SektVO im Rahmen einer Eignungsleihe berufen hat, sind verbindlich benannt. Diese Nachunternehmer können im Vergabeverfahren nach Ablauf der Frist für den Teilnahmeantrag nicht mehr ausgetauscht werden.

8.6 Sonstige Subunternehmer

Der Bewerber hat Art und Umfang der Leistungen, die er an sonstige, nicht eignungsverleihende Subunternehmer (nachfolgend auch Nachunternehmer) zu vergeben beabsichtigt sowie, soweit bekannt, die bereits vorgesehenen Nachunternehmer in Anlage A zu bezeichnen. Dies gilt auch für mit dem Bewerber verbundene Nachunternehmer.

Das ausschreibende Unternehmen behält sich vor, die Eignung der vorgesehenen Nachunternehmer zu prüfen. Das ausschreibende Unternehmen kann vom Bewerber zu diesem Zweck die in der Vergabebekanntmachung bezeichneten Eignungsnachweise auch für die Nachunternehmer verlangen.

9 Verhandlungsphase

Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs werden diejenigen Bewerber, die zur Abgabe eines Angebotes ausgewählt worden sind, vom ausschreibenden Unternehmen zur Abgabe eines verbindlichen Angebotes aufgefordert. Diese Bewerber werden ab diesem Zeitpunkt als Bieter bezeichnet.

Das Angebot eines Bieters sowie alle weiteren Angebotsnachbesserungen, die im Laufe der Verhandlungen abgegeben werden, sind auf der Grundlage der Vergabeunterlagen zu erstellen.

Falls ein Bieter Änderungen an den vertraglichen Regelungen im IT-Rahmenvertrag und den Leistungsscheinen wünscht, sind diese jeweils mit einem konkret ausformulierten Änderungsvorschlag unter Verwendung von Anlage J bereits mit dem Angebot einzureichen.

Nur vom Bieter als Teil seines Angebots übermittelte Änderungsvorschläge werden zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht.

Die Abgabe der Angebote muss spätestens bis zum Ablauf der ebenfalls in Tabelle 3 dargelegten Angebotsfrist in elektronischer Form über die Vergabepattform erfolgen. Die vorgegebene Angebotsfrist ist zwingend einzuhalten. Eine verspätete Abgabe hat den Ausschluss des Bieters aus dem Verfahren zur Folge, es sei denn, der Bieter hat die verspätete Abgabe nicht zu vertreten.

Die Bieter müssen Ihre Angebote in einer Angebotspräsentation vor Ort beim ausschreibenden Unternehmen vorstellen. Diese Präsentation wird bei der Angebotsbewertung berücksichtigt. Einzelheiten zum Inhalt der Angebotspräsentation und ihrer Bewertung sind in Ziff. 9.5 geregelt.

Das ausschreibende Unternehmen wird nach Wertung der Angebote gemäß Ziff. 9.6 mit den bestplatzierten Bietern Verhandlungen führen. Das ausschreibende Unternehmen behält sich vor, bereits nach Bewertung der Angebote einzelne Bieter zurückzustellen und nicht zu Verhandlungsgesprächen einzuladen.

Das ausschreibende Unternehmen behält sich zudem vor, ggf. mehrere Verhandlungsrunden durchzuführen und im Anschluss an eine Verhandlungsrunde Bieter zur Überarbeitung und Ergänzung ihrer Angebote aufzufordern.

Nach Abschluss der Verhandlungen wird das ausschreibende Unternehmen alle im Verfahren verbliebenen Bieter auffordern, ein letztes und bestes Angebot („Best and Final Offer“, BAFO) einzureichen. Mit Abgabe des BAFO sind weitere Änderungen der Angebote ausgeschlossen. Die Zuschlagsentscheidung erfolgt grundsätzlich auf Grundlage der im Rahmen des BAFO abgegebenen Angebote gemäß Ziff. 9.7. Das ausschreibende Unternehmen behält sich jedoch vor, den Zuschlag in vergaberechtskonformer Weise bereits auf ein Erstanteangebot zu erteilen, sofern dies unter Beachtung der Grundsätze der Transparenz, Gleichbehandlung und Wirtschaftlichkeit möglich ist; ein Anspruch der Bieter auf Durchführung einer weiteren Verhandlungsrunde oder auf Aufforderung zur Abgabe eines BAFO besteht nicht.

Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, werden gemäß § 134 Absatz 1 GWB informiert. Nach der Wartefrist gemäß § 134 Abs. 2 GWB wird auf das insgesamt wirtschaftlichste Angebot der Zuschlag erteilt.

9.1 Anforderungen an die Angebote

Folgende grundsätzliche Vorgaben sind bei der Erstellung und Einreichung der Angebote zu beachten:

- (1) Ein Angebot muss alle geforderten Anlagen, Anhänge und Nachweise gemäß Tabelle 5 enthalten. Diese müssen vollständig sein, d. h. alle geforderten Angaben enthalten. Das Recht zur Nachforderung fehlender Unterlagen nach § 51 Abs. 2 SektVO bleibt hiervon unberührt.
- (2) Jeder Bieter darf nur ein Hauptangebot einreichen.
- (3) Nebenangebote sind nicht zugelassen und werden nicht gewertet.

9.2 Vertragsbedingungen und Geltungsreihenfolge

Für das Vertragsverhältnis gelten – unter Ausschluss anderer Bedingungen – die Bedingungen der einzelnen Leistungsscheine und des IT-Rahmenvertrags, jeweils einschließlich sämtlicher Anlagen. Die Geltungsreihenfolge der Vertragsdokumente ist für die einzelnen Leistungsscheine wie folgt vorgesehen:

- (1) Leistungsschein
- (2) IT-Rahmenvertrag

Die Ausschreibungsunterlagen und die Angebotsdokumente des Bieters können im Zweifelsfall zur Interpretation der Vertragsdokumente hinzugezogen werden.

9.3 Zuschlags- und Bindefrist

Mit Ablauf der Angebotsfrist beginnt die Bindefrist der Angebote. Ein Bieter ist bis zum Ablauf der in Tabelle 3 dargestellten Bindefrist an sein Angebot gebunden. Das Angebot kann während der Bindefrist nicht zurückgezogen werden.

9.4 Inhalt und Gliederung der Angebote

Die Angebote sind mit den nachfolgend gelisteten und entsprechend den Vorgaben dieses Vergabeverfahrens ergänzten Anlagen einzureichen:

Ordnungskennung	Einzureichende Anlagen zum Angebot
Anlage F	Angebotsformular
Anlage G	Stellungnahme des Bieters zur Anforderungserfüllung und zum Verhandlungsbedarf
Anlage H	Kommerzielle Bewertung
<i>Anlage zum IT-Rahmenvertrag</i>	
Anlage 00.01	Preisverzeichnis zum ITRV
Anlage 00.02	Technisch-organisatorische Maßnahmen zum Auftragsverarbeitungsvertrag
<i>Anlagen zum Leistungsschein Software-Einführung und -Anpassung (SEA)</i>	
Anlage 01.01	Preisverzeichnis zum Leistungsschein SEA
Anlage 01.02, Anhang A	Funktionale und non-funktionale Anforderungen
Anlage 01.03	Verwendete Standard-Software
Anlage 01.03, Anhänge des Bieters	Beschreibungen der Standard-Software
Anlage 01.05	Meilensteine und Projektplanung
Anlage 01.05, Anhang A	Projektplanung
Anlage 01.06	Lösungsspezifikation des Auftragnehmers

Anlage 01.07	Beistelleleistungen des Auftraggebers zum Leistungsschein SEA
<i>Anlagen zum Leistungsschein IT-Betrieb (ITB)</i>	
Anlage 02.01	Preisverzeichnis zum Leistungsschein ITB
Anlage 02.05	ITB-Konzept des Auftragnehmers
Anlage 02.06	Beistelleleistungen des Auftraggebers zum Leistungsschein ITB

Tabelle 5: Einzureichende Anlagen zum Angebot

Um die effiziente Auswertung der Angebote zu unterstützen, ist ein Angebot entsprechend den Ordnungskennungen der o. g. Anlagen zu gliedern. Der Bieter soll für die einzureichenden Dokumente seinen Unternehmensnamen dem ursprünglichen Dateinamen gemäß nachfolgendem Syntax voranstellen

[Unternehmensname]_ENRW_ERP_LS_SEA_Anlage_02.01_Preisverzeichnis.doc.

9.5 Angebotspräsentation und fachliche Klärungsgespräche

Die Angebotspräsentationen werden voraussichtlich ab dem in Tabelle 3 benannten Datum vor Ort am Firmensitz der ENRW in deutscher Sprache durchgeführt. Die konkreten Termine werden den Bietern nach Eingang der Angebote mitgeteilt. Für jede Angebotspräsentation ist eine Dauer von max. zehn Stunden an bis zu zwei aufeinanderfolgenden Kalendertagen je Bieter vorgesehen. Es werden dazu maximal sechs Teilnehmer des Bieterunternehmens erwartet.

Die Agenda der Angebotspräsentation stellt sich wie folgt dar:

- Vorstellung der angebotenen Lösung, ggfs. Vorstellung der Standard-Software im Rahmen einer Live-Demo anhand ausgewählter vom ausschreibenden Unternehmen vorzugebender Use Cases,
- Erläuterung der Leistungsbereiche, in denen die Anforderungen nur teilweise oder nicht erfüllt werden können,
- Beantwortung von Fragen des ausschreibenden Unternehmens hinsichtlich des Angebotes des Bieters.

Das ausschreibende Unternehmen behält sich vor, ggf. weitere Erläuterungen und Aufschlüsselungen einzelner Preispositionen einzufordern. Das ausschreibende Unternehmen behält sich auch vor, mit ausgewählten Bietern im Nachgang zur Angebotspräsentation in gesonderten Terminen weitere fachliche Klärungsgespräche zu führen. Fachliche Klärungsgespräche können bei Bedarf auch in weiteren Verhandlungsrunden geführt werden.

9.6 Angebotsbewertung

Die Angebotsbewertung erfolgt gemäß Ziff. 9.6.1 und Ziff. 0. Die Angebotsbewertung wird durch das ausschreibende Unternehmen nach der Angebotsabgabe und der Angebotspräsentation und sodann nachfolgend nach jeder Verhandlungsrunde und für – nach Aufforderung durch das ausschreibende Unternehmen an alle Bieter – nachgebesserte Angebote erstellt.

9.6.1 Ermittlung der Leistungspunktzahl

Für jedes Angebot wird eine Leistungspunktzahl in Bezug auf den ITRV sowie die Leistungsscheine SEA und ITB unter Verwendung folgender Kriteriengruppen und Gewichtungen ermittelt:

Nr.	Kriteriengruppe	Vertragsdokumente	Maximale Punktzahl	Punkte in Prozent
I	Allgemeine vertragliche Aspekte	<ul style="list-style-type: none"> Anlage 00.00: ITRV Anlage 00.02: Vertrag zur Auftragsverarbeitung Anlage 01.00: Leistungsschein SEA Anlage 02.00: Leistungsschein ITB 	1.500	15,00 %
II	Informationssicherheit	<ul style="list-style-type: none"> Anlage 00.03, Anforderungen an die Informationssicherheit 	500	5,00 %

Nr.	Kriteriengruppe	Vertragsdokumente	Maximale Punktzahl	Punkte in Prozent
III	Leistungsschein SEA: Leistungsaspekte	<ul style="list-style-type: none"> Anlage 01.02: Anforderungserfüllung Anlage 01.04: Konformität mit dem vorgesehenen Projektvorgehen Anlage 01.05: Zeitliche Planung Anlage 01.06: Lösungskonzept des Bieters, u. a. Umfang der Basiskonfiguration 	4.500	45,00 %
IV	Leistungsschein ITB: Leistungsaspekte	<ul style="list-style-type: none"> Anlage 02.03: Konformität mit den vorgesehenen Leistungen Anlage 02.04: Service Level Anlage 02.05: ITB-Konzept des Auftragnehmers 	3.500	35,00 %
Summe			10.000	100,00 %

Tabelle 6: Kriteriengruppen und Gewichtungen zur Ermittlung der Leistungspunktzahl

9.6.2 Kommerzielle Bewertung

Die kommerzielle Bewertung erfolgt unter Verwendung der von den Bietern in den Preisverzeichnissen gemachten Preisangaben und den Angaben zu den Kosten der Beistellleistungen.

Es sind alle in den Preisverzeichnissen aufgeführten Preispositionen zu bepreisen. Zulässig sind nur Eintragungen in den dafür vorgesehenen Feldern. Änderung der vorgegebenen Texte, Struktur oder Formatierung durch den Bieter ist nicht zulässig. Die Angebotspreise sind in der Währung Euro anzubieten und gelten frei Empfangsstelle und inklusive aller Kosten einschließlich Nebenentgelte und sonstiger Kosten. Alle Angebotspreise sind netto ohne Umsatzsteuer anzugeben.

Preisangaben, die der Bieter an bestimmte, in den Vergabeunterlagen nicht vorgesehene Bedingungen knüpft, z. B. abweichende Laufzeiten, Kopplung mit anderen Aufträgen sind nicht zulässig.

Folgende Preisverzeichnisse sind gefüllt einzureichen:

Ordnungskennung	Einzureichende Preisverzeichnisse zum Angebot
Anlage 00.01	Preisverzeichnis zum ITRV
Anlage 01.01	Preisverzeichnis zum Leistungsschein SEA
Anlage 02.01	Preisverzeichnis zum Leistungsschein ITB

Tabelle 7: Einzureichende Preisverzeichnisse

Die Bieter müssen in den o. g. Preisverzeichnisse zudem die Kosten der vom Auftraggeber geforderten Beistellleistungen angeben. Bei der Ermittlung der Kosten der Beistellleistungen kann das ausschreibende Unternehmen zudem plausible Schätzverfahren anwenden. Die geforderten Beistellleistungen des Auftraggebers sind als Teil eines Angebots in nachfolgenden Anlagen zu listen.

Ordnungskennung	Einzureichende Anlagen mit Angaben zu den Beistellleistungen des Auftraggebers
Anlage 01.07	Beistellleistungen des Auftraggebers zum Leistungsschein SEA
Anlage 02.06	Beistellleistungen des Auftraggebers zum Leistungsschein ITB

Tabelle 6 Anlagen mit Beistellleistungen des Auftraggebers

Die in den Preisverzeichnissen gemachten Preisangaben werden unter Verwendung der in Anlage H dargestellten Mengengerüste für die kommerzielle Bewertung verwendet. Der wertungsrelevante kommerzielle Wert ergibt sich aus den in den Preisverzeichnissen benannten Preisen und den Kosten für die Beistellleistungen.

9.7 Verfahren für die Zuschlagsentscheidung

Die Bewertung der Angebote erfolgt anhand der *Erweiterten Richtwertmethode*; siehe „Unterlage für Ausschreibung und Bewertung von IT-Leistungen (UfAB) 2018“ des BMI (Stand 25.04.2018). Die *Erweiterte Richtwertmethode* basiert auf der *Einfachen Richtwertmethode*, bei der das Verhältnis von Preis und Leistung eines Angebotes als Quotient zu einer Kennzahl Z errechnet wird:

$$Z = \frac{L \text{ (Leistung)}}{P \text{ (Preis)}}$$

Formel 1: Berechnung der Kennzahl Z im Rahmen der Angebotsbewertung

Dabei werden die Formelparameter wie folgt definiert:

- Z: Kennzahl für das Preis-Leistungsverhältnis eines Angebotes
- L: Leistungspunktzahl eines Angebotes
- P: „Preis“ im Sinne des kommerziellen Werts eines Angebotes

Wertungsrelevant als Parameter P ist der in der Anlage H je Bieter errechnet kommerzielle Gesamtwert.

Die *Erweiterte Richtwertmethode* ergänzt die *Einfache Richtwertmethode* um

- einen Schwankungsbereich und
- ein Entscheidungskriterium.

Bei der *Erweiterten Richtwertmethode* wird die Kennzahl Z mittels der *Einfachen Richtwertmethode* berechnet. Es scheiden alle Angebote aus der Wertung aus, die außerhalb eines Schwankungsbereichs von der besten Kennzahl Z im Wettbewerb liegen. Für das vorliegend beschriebene Ausschreibungsverfahren wird der Schwankungsbereich auf 15 Prozent festgelegt.

Unter den danach in der Angebotsbewertung noch verbleibenden und im Schwankungsbereich liegenden Angeboten erhält das Angebot den Zuschlag, das im Entscheidungskriterium „Leistungspunkte“ den besten Wert erreicht hat. Für den Fall dann noch gleicher Werte des Entscheidungskriteriums erhält das Angebot den Zuschlag, das im ergänzenden Entscheidungskriterium „Preis“ (im Sinne der Definition in Formel 1) den besten Wert erreicht.

9.8 Down-Select im Verhandlungsverfahren

Das ausschreibende Unternehmen behält sich vor, den Kreis der Bieter im Verlauf des Verhandlungsverfahrens schrittweise zu reduzieren („Down-Select“). Hierzu kann das ausschreibende Unternehmen die auf Grundlage der in Ziff. 9.6 beschriebenen Bewertungsmethodik und des in Ziff. 9.7 dargestellten Verfahrens für die Zuschlagsentscheidung ermittelten Bewertungsergebnisse der jeweiligen Angebotsrunde heranziehen. Bieter mit weniger vorteilhaften Bewertungsergebnissen können vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden. Der Down-Select wird dokumentiert; die betroffenen Bieter werden über ihren Ausschluss aus dem weiteren Verfahren informiert. Ein Anspruch der Bieter auf Teilnahme an weiteren Verhandlungsrunden oder auf Aufforderung zur Abgabe eines BAFO besteht nicht.

10 Mitteilungen und Bekanntmachungen

10.1 Mitteilungen über nicht berücksichtigte Angebote, § 134 GWB

Die Zuschlagserteilung soll durch das ausschreibende Unternehmen nach Möglichkeit bis zu dem in Ziff. 5.2 benannten Termin erfolgen. Das ausschreibende Unternehmen informiert die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, spätestens 10 Kalendertage vor dem Vertragsabschluss über die Vergabepattform über den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihrer Angebote sowie den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses.

10.2 Bekanntmachung der Auftragsvergabe

Mit der Abgabe seines Angebots erklärt sich der Bieter damit einverstanden, dass im Fall der Zuschlagserteilung auf sein Angebot sein Name und der zu zahlende Auftragspreis gemäß § 38 Abs. 1 SektVO bekannt gegeben werden.

11 Hinweis zu Rechtsbehelfen, Vergabekammer

Gemäß § 160 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer eine Nachprüfung nur auf Antrag ein. Der Antrag ist unter anderem unzulässig, wenn der Antragsteller den behaupteten Verstoß gegen Vergabevorschriften nicht rechtzeitig gerügt hat. Verstöße, die im Vergabeverfahren erkannt werden, müssen gegenüber dem ausschreibenden Unternehmen innerhalb von zehn Kalendertagen gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung und den dabei publizierten Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Teilnahmefrist gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB). Verstöße, die erst in den weiteren Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB). Ferner ist der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des ausschreibenden Unternehmens, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: 76247 Karlsruhe

Hausadresse: Kapellenstraße 17, 76131 Karlsruhe

Telefon: 0721.926-8730